

Transkaukasische Post

Erscheint 2-mal wöchentlich:
am Donnerstag und am Sonntag.

Bezugspreis: 12 R. 50 K. für 1 Mt. Anzeigen:
die 3-mal gepackte Kleinzeile auf der ersten
Seite 1 R. 50 Kop. auf der 4. Seite 1 R.

Adresse d. Redaktion u. d. Geschäftsstelle (vorübergehend): Michael-Str. Nr. 89, im Magazin von G. Frid (vormals E. Auffermann). Sprechstunden: 10—12 vorm. (zu fragen nach W. Bauer).

Nr. 64.

Tiflis, den 17. August 1919.

11. Jahrgang.

Vereinskommission.

Jeden Mittwoch

Gemütliches Beisammensein

(Karten, Domino, Schach und and. Spiele).

Von 8 Uhr ab **TANZ.** Von 8 Uhr ab
Eintritt frei.

Jeden Sonnabend
von 8 Uhr ab.

FAMILIENABEND

(Konzert- oder Kinoabend).

Nachfolgend

TANZ.

Deutsches Realgymnasium Tiflis.

Aufnahmeprüfungen in die V., VI. und VII. Klasse erfolgen am 6. und 8. September, vormittags von 9—12 Uhr.

Der Unterricht beginnt am 9. September, vormittags 8^{1/2} Uhr.

Dz. Direktor Walling.

Bierbrauerei Dittrich

kauft

Hopfen

zu höchsten Preisen.

8-1

Schlimme Zeichen.

In der Nacht vom 13. auf den 14. d. Mts. ist die kleine Kolonie Eigenfeld, in der Republik Aserbeidjan, in unmittelbarer Nähe der Eisenbahnstation Dzegambelen, von tatarischen Räubern überfallen worden, und sind hierbei zehn Deutsche, darunter auch Pastor Bucherer aus Annenfeld, der zugleich Eigenfeld amtlich bediente, um's Leben gekommen.

Diese Mitteilung ist uns am 14. d. Mts. telephonisch (aus Elisabethpol) gemacht worden, ohne Angabe der näheren Umstände der ruchlosen Tat, und sind wir daher vorerhand nicht in der Lage, über sie genauer zu berichten.

Aber nicht so sehr auf die Einzelheiten kommt es im gegebenen Fall an. Weit wichtiger erscheint uns die trostlose Gewissheit, daß die Feindschaft gemeldeten, gleichfalls von tatarischen Räubern ausgeführten Morde in Helenendorf, denen drei blühende Menschenleben zum Opfer fielen, mit den in Rede stehenden Vorgängen in Eigenfeld einen inneren Zusammenhang aufweisen, der noch deutlicher zutage tritt, wenn man jenen Ereignissen die gewalttätige Besitzergreifung eines großen Teils (fast der Hälfte) des Helenendorfer Landbesitzes gleichfalls durch tatarisches Raubgefehl, das in der Nachbarschaft seines beständigen Wohnsitz hat, an die Seite stellt.

Auch die unaufhörlichen Bedrohungen der allgemeinen Sicherheit in den übrigen deutschen Siedlungen in Aserbeidjan (Georgsfeld, Annenfeld, Grünfeld, Alexejewka) seitens tatarischer Ummohner, die jedermann kennt und die namentlich der örtlichen Polizei selbst hinlänglich bekannt sind, gehören in die Kategorie dieser in einem „freien“ Staate sich doch, milde ausgedrückt, etwas sonderlich ausnehmenden Erscheinungen des öffentlichen Lebens.

Dazu kommt, daß obige Vorfälle von den betroffenen Gemeinden ja nicht mit Gleichmut hingenommen werden, etwa wie unabwendbare Schicksalsplage, vielmehr jedesmal wie gehörig angezeigt, d. h. beklagt werden, daß aber seine einzige Klage einen nennenswerten Erfolg zeitigt, weil sogar die höchsten Amtsstellen in der Republik, von den untergeordneten Beamten in der Provinz ganz zu geschweigen, ihre „Schmach“ gegenüber der zugelegten Wehrheit der Bevölkerung bei Verfolgung und Bestrafung der Übeltäter vorziehen und im übrigen ihre Hände in Unschuld waschen, wie einst Pilatus ungeligen Angeklagten, als er das unschuldige Opfer unwürdiger Agitation dessen Feinden, trotz des Bewußtseins seiner schandbaren Unterlassung, schände auslieferte.

Ein System scheint uns in diesem „Durch die Fingern gehen“ der verantwortlichen Machthaber auf die fluchwürdigen Gewaltakte ihrer Stammes- und glaubensverwandten Schutzbefohlenen, den „freien Bürgern“ der „freien“ alter Republik, zu liegen. Keim, als ob es nicht darauf ankäme, wenn ein Nichtmohammedaner durch einen mohammedanischen Missetäter zu Schaden kommt. Nur ein Deutscher: ein Russe! ein Armenier! lohnt es sich da noch, über ihn viel Worte zu verlieren? Und was anders, als ein systematischer Vernichtungskampf mit den im Lande vor 100 Jahren hier angesiedelten Deutschen (zu Hus und Frommen der kulturell weit niedriger als sie stehenden „Völker“ in Transkaukasien!) ist das Blutvergießen und die gewalttätige Aneignung von Land in den deutschen Kolonien Aserbeidjans? Es ist, als käme es jemand darauf an, allen Ernstes die deutschen (und sonstige nicht-mohammedanische Mitbürger) der Republik als unbequeme Fremdlinge hinauszudrängen, um sich alsdann an der Hinterlassenschaft ungestört, aber völlig unverbunden zu bereichern.

Das aber sind schlimme Zeichen für die nächste Zukunft unserer Kolonien, die — wie in Feindesland — alle Mühe haben werden, sich der Angriffe zu erwehren und ihre Existenz zu bewahren, bis wieder bessere Zeiten kommen und wieder ein starker Wille dort einsetzt, wo Schlafheit und leidiges Unvermögen die Dinge gehen lassen, wie sie gehen. Und in ihrer Schuldlosigkeit werden hoffentlich unsere Stammesgenossen endlich begreifen lernen, daß nur ihre Einigkeit, das engste Zusammenhalten sie stark machen kann, und daß für sie keine materiellen Opfer zu groß sein dürfen, um den Verband aufrecht zu erhalten, der unter

den augenblicklichen, so überaus traurigen Verhältnissen allein noch — wenigstens annähernd — ihnen heilsam zur Seite zu stehen und durch seinen, wenigleich geringen Einfluß immerhin vor noch schlimmeren Ausweitungen entarteter Volksmassen zu schützen vermag.

Es sei an dieser Stelle ferner bemerkt, daß der Zentral-Vorstand des Verbandes der transkaukasischen Deutschen zwei seiner Mitglieder (Dr. Hummel und G. Schaaf) beauftragt hat, unverzüglich nach Aserbeidjan zu reisen (sie sind bereits am 14., abends, abgereist), um, erstens, an Ort und Stelle eine Hilfsaktion einzuleiten, die den unglücklichen Bewohnern (20 Familien) der Kolonie Eigenfeld, insbesondere aber den Angehörigen der Ermordeten, die Möglichkeit bieten soll, sich in Sicherheit zu bringen und so vor dem äußersten Elend bewahrt zu bleiben, und, zweitens, bei den zuständigen Behörden Schritte zu unternehmen, die diesmal vielleicht doch, trotz aller obwaltenden Hindernisse, zum Ziele führen werden, d. h. zur Ergeißung von Maßregeln gegen die sich steigende Gefährdung von Leben und Eigentum unserer Stammes- und Glaubensgenossen in Aserbeidjan.

Zum Schluß sei den Hinterbliebenen der so früh aus dem Leben Geschiedenen hiermit unser tiefstes Beileid ausgesprochen. Möge das Bewußtsein, daß sie nicht ohne Freunde und Gönner verlassen dastehen, ihnen einen, wenn auch nur schwachen, Trost gewähren, und ihnen helfen, über diese schwere Prüfungsstunde leichter, als es sonst der Fall wäre, hinwegzukommen!

Zum gegenwärtigen Zustand Georgiens.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß zwei oder mehrere Nationen unter einer und derselben Staatsregierung nur schwer gedeihen können. Das politische Wesen ist bloß eine Projektion der ganzen Kultur. Und wenn die letzte Analyse des Begriffes „Nationalität“ erkennen läßt, daß in ihm nicht mehr als ein kulturhistorischer Inhalt verborgen ist, so erkennt man zugleich, daß zwischen Nation und Politik völlige Übereinstimmung herrschen sollte.

Der deutsche Genius hat diese Wahrheit schon vor vier Jahrhunderten entdeckt, als er den berühmten Satz „eius regio, ejus religio“ *) zu einem Prinzip seines politischen Lebens machte, denn in jener Zeitperiode war die Religion das wichtigste Element der Kultur.

Die Geschichte der westeuropäischen Länder in den letzten Jahrhunderten ist nur die Verbreiterung und Vertiefung des obenangeführten Satzes. Die Idee der politischen Selbstbestimmung jeder Nation ist nun von Westeuropa nach Osten gedrungen und hat das ungeheure Russische Reich erschüttert und gestürzt. Ein georgisches Sprichwort sagt: „Die Festung wird von innen gebrochen“. So ist es auch mit Russland ergangen. Seiner großen äußeren Macht ungeachtet, war Russland innerlich sehr schwach. Seine Macht war nur ein Schein. Wäbrlich, ein Koloss auf tonernen Füßen, war es, und ein tüchtiger Schlag der deutschen Faust genügt, um dieses übergroße Reich ganz zu zerquetsern.

Ungezügelt, grobe Gewalt und nicht minder Treulosigkeit waren die wichtigsten Säulen dieses Reiches.

*) In wörtlicher Übersetzung: „Wessen Regierung, dessen Religion“, d. h. das herrschende Glaubensbekenntnis und der Glaube des Regierenden sollen gleich sein.
Die Schrift.

Seine Art, die zahlreichen Völker, die durch den blinden Zufall ihm untertänig geworden waren, zu behandeln, bezugte die Unfähigkeit der Russen, in deren Adern eine aufsehende Dosis mongolischer Blutes fließt, einen dauernden Weltstaat zu schaffen. Die politische Macht kann nicht anders, als durch das moralische Übergewicht bestehen. Dieses Übergewicht jedoch fehlte den Russen ganz und gar.

Die Beziehungen zwischen Rußland und Georgien zeigen das am klarsten. Vor hundert und zwanzig Jahren hat das so tapfere und geistig so begabte georgische Volk, durch den tausendjährigen Kampf gegen die verwüsthenden Angriffe der mohammedanischen Horden um die Erhaltung seiner christlichen Religion und der ganzen höchstchristlichen Kultur ermahnt und erhöht, die Hand, Hilfe suchend, nach seinem Glaubensgenossen im Norden ausgestreckt. Aber anstatt dem in dem ungleichen Kampf ermüdeten georgischen Volke eine Stütze zu bieten, machte Rußland schon in den ersten Tagen seines Bundes mit Georgien einen verräterischen Versuch, das freie georgische Volk zu unterdrücken, es seiner unantastbaren souveränen Rechte zu berauben und sich unterzuordnen. Der politische Bund war instabil und in politische Untertänigkeit umgewandelt. Die politische Unabhängigkeit des georgischen Volkes, welches seine Selbständigkeit im Verlauf von vielen Jahrhunderten mit Waffen zu schützen gewohnt, wurde durch den Bundesbruch des rechtgläubigen Rußlands vernichtet.

Seitdem ist die Geschichte Georgiens die einer zerbrochenen und zu Grunde gehenden Nation geworden. Die russische kaiserliche Regierung wandte alle Mittel an, die nationale Individualität der Georgier zu unterdrücken und ihr alle Wege einer Entwicklung zu verperren. Damit hofften die Russen, dieses kleine Volk ganz aufzusaugen. Unter dem groben Stiefel des russischen Soldaten wurde jede bedeutungsvolle Erscheinung des nationalen Lebens unterdrückt. Unter dem unerträglichen Joche des russischen Beamten erstarrte alles, was zweifellos die Fähigkeit zur Weiterentwicklung enthielt. Nach der hundertjährigen russischen Herrschaft war das georgische Volk bis an den Rand des Grabes gelangt.

Wie leicht wird nun dieses Volk atmen, wenn das Schicksal ihm einmal eine günstige Aussicht gewährt! Der Zerfall des russischen Imperiums eröffnet dem georgischen Volke neue Bahnen für die freie Entwicklung. Die günstige Lage zwischen den europäischen Kulturvölkern und dem ungeheueren Asien macht das georgische Land zum kürzesten Weg aus Europa nach Asien.

Es ist bemerkenswert, daß jeder Aufschwung des Abendlandes, jeder Fortschritt, den das christliche Europa gegen Asien errungen, immer mit den Zeiten der Blüte des georgischen Volkes zusammenfiel. Dagegen waren die Perioden der Schwächung der europäischen Völker und der Verstärkung des asiatischen Einflusses immer verhängnisvoll für die georgische Nation. Darum wird auch nicht ohne Grund behauptet, daß die georgische Geschichte im wichtigsten nur eine Folge der Entwicklung der Macht des Abendlandes ist.

Seit hundert und zwanzig Jahren hat der russische „Bär“ den tüchtigsten und von Natur glücklich veranlagten Georgier von den abendländischen Völkern ferngehalten. Der „Bär“ ist nun niedergeworfen, das georgische Volk ist in unmittelbare Beziehungen zu Europa getreten; und dies ist ein Pfand des Nahens einer besseren Zukunft für dieses Nation.

Wer ein georgisches Dorf heutzutage besucht, der wird hier ein mächtiges Streben nach Fortschritt bemerken. Überall sind neue Volksschulen eröffnet. Die örtliche Verwaltung macht Versuche, neue Wirtschaftssysteme im Land einzuführen. Ein unwiderstehlicher Drang nach neuen europäischen Formen ist überall wahrzunehmen. Alle sind hoffnungsvoll. Die asiatische Melancholie, die unter der russischen Verwaltung über dem Lande so schwer lastete, ist verschwunden. Das ganze Land ist erwacht, und fröhlich schaut es in die Zukunft. Wird Europa dieses Volk enttäuschen?
S. Dariani.

Zur politischen Lage.

3. und 4. — Die Delegierten Armeniens zur transkaukasischen Konferenz, Stepan Mamikonjan und Schumbat Chatschaturjan, sind, aus Erivan kommend, vorigen Freitag in Tiflis eingetroffen. Die „Kawkasloje Slowo“ stellt in ihrem Leitartikel vom 16. d. Mts. folgende Betrachtung

an: „Die eigenen Interessen der kleinen Nationen, sowohl die wirtschaftlichen, als auch die kulturellen und andere, ferner — das Streben, die bereits erworbene nationale Selbstbestimmung gegen alle möglichen gewaltsamen Angriffe von seinen mächtigeren Nachbarn zu behaupten, veranlassen die kleinen nationalen Staaten, sich miteinander zu stärkeren und lebensfähigeren Organisationen zu verbinden (kooperieren), die auf ihrer natürlichen Hineinigung und freien Vereinbarung beruhen.“ Das Blatt weist hin auf den schon eingeleiteten Zusammenfluß der skandinavischen Staaten, auf die zu erwartende neue Donau-Konföderation (an Stelle der früheren Habsburgischen Doppel-Monarchie, d. h. Österreich-Ungarns), auf die Möglichkeit einer Erneuerung des Balkan-Bundes (nach Verjöhnung Jugariens mit seinen Nachbarn, usw.). Dieser Prozeß der Vereinigung kündigt sich auch in Transkaukasien u. in Vorder-Asien an, ungeachtet des zersetzenden Einflusses der nationalen Differenzen (Unterschiede) und der Mächtigkeits der reaktionären Kräfte, die von Süd-Westen ausgehen. Der nämliche Prozeß wird früher oder später vor uns auftauchen von der Seite des chaotisch lebenden russischen Nordens. Und wer sein Leben auf lange Zeit einrichten will, der muß mit alledem rechnen, wie es offensichtlich die weit voraus schauenden Politiker des Westens tun.“ Trotz dieser vielversprechenden Betrachtung des in armenischen Kreisen stark verbreiteten und deren Auffassung deutlich widerwärtigen Organisationsverhältnisses ein großer Teil der georgischen Presse zu betriebliger Unterstützung Armeniens, die auf eine möglichst weit gehende Annäherung der transkaukasischen Republiken zu einander gerichteten Absichten der transkaukasischen Konferenz zu unterstützen, mit großer Vorsicht und warnt vor übereilten Hoffnungen, da Armenien insgeheim doch unentwegt nach Denikin ausschaut, seit es sich in den Engländern entschlüsselt habe. Wie denn aber auch sein mag, die transkaukasische Konferenz nimmt ihre vor Wochen unterbrochene Arbeit zur Festigung der politischen Selbständigkeit der neuen Staatengebilde in Transkaukasien wieder auf, und das bedeutet immerhin ein Plus gegenüber der kurzzeit mehr denn je drohenden „Denikin-Gefahr“, wie gleichwichtigen die Worte eines General Baratroffs auch klingen mögen.

Ausland. — Gerichtsweise verlautet, daß die Pariser Friedenskonferenz nicht, wie beabsichtigt, in die Ferien gehen, sondern ihre Arbeiten, wenigstens bis in den September hinein, fortsetzen wird, bis zu welchem Zeitpunkt, wie angenommen wird, alle Verträge abgeschlossen und auch die türkische Frage gelöst sein wird. Augenblicklich hat die Friedenskonferenz viele dringliche Angelegenheiten zu erledigen, die namentlich mit den Vorgängen in Ungarn und der ausländischen Bewegung in der Türkei im Zusammenhang stehen. Hier, im Nahen Osten, dürften die Dinge sich erst recht zuspitzen, wenn die Vereinigten Staaten von Nordamerika das ihnen von der Pariser Konferenz angefragte Mandat ablehnen sollten und wenn, ferner, England, Frankreich und Italien darauf bestehen würden, daß sie im Nahen Osten gewisse Rechte zugeteilt bekommen. In Ungarn ist Erzherzog Joseph, wie es sich jetzt herausstellt, an die Spitze der Regierung (nach dem Sturz des gemäßigtsocialistischen Kabinetts Pappel, das nur einige Tage das Steuer des Staatschiffes gelenkt zu haben scheint) ausschließlich mit rumänischer Hilfe gelangt und gilt allgemein bloß als Vorläufer König Ferdinands von Rumänien, der wirklich nach der Königskrone von Ungarn streben soll, mit anderen Worten Ungarn Rumänien einverleiben will. Die Entzweiung ist nicht inlande, diesem Beginnen Einhalt zu tun, da sie kein entsprechend starkes Heer zur Verfügung hat, der „energische Protest“ des „Rates der fünf“ (Paris) aber von der rumänischen Regierung nicht mal einer Antwort gewürdigt wird. Die amerikanische Presse sieht in dem Vorgehen Rumäniens in Ungarn eine „Gefahr für das Prestige (Ansehen) der Verbündeten nicht nur in Mittel-Europa, sondern auch auf dem Balkan, wodurch die gesamte Politik der Pariser Friedenskonferenz im Nahen Osten mit in Frage gestellt sei.“ Die sozialistische Presse Frankreichs kritisiert des Verhalten der Friedenskonferenz in schärfster Weise, da, wie bekannt geworden, der Insturz in Ungarn das Wert der Trade-Unions (d. h. der Gewerkschaften), sei, dem die famose „Regentschaft“ des Erzherzogs Joseph, eines Verwandten des belgischen Königshauses, gelobt, welche „Sicherheit“ für die Wiederherstellung der Ordnung in Ungarn am Ende aber nicht genügen dürfte und am besten wohl durch die „noch weit größere Sicherheit“ der Wiederherstellung der

Monarchie Wilhelm II. — ergänzt werden sollte! Der Vorsitzende des Moskauer „Sowjets“ Kamenev hat bei einem öffentlichen Vortrag Erzherzog Joseph als den „schwärzesten bourgeoisen Diktator“ bezeichnet, durch den die Weltbourgeoisie den Anfang zur Bewirkung ihrer reaktionären Absichten gemacht zu haben hofft. In Ungarn könne es eben wie in Rußland auch nur zwei Möglichkeiten geben: entweder Kommunismus oder Monarchismus, eine Mittellinie gäbe es nicht. Und deshalb irrte, wer da glaubt, daß in Ungarn der Kampf nun beendet sei; nein, er werde mit erneuter Kraft entbrennen, denn das Proletariat könne sich mit seinen Bedrückern nicht ausöhnen; jetzt würden selbst diejenigen, welche mit der Politik Bela-Stuhrs unzufrieden waren, begreifen, daß man ohne Kampf, ohne Revolution nicht menschenwürdig leben könne. Die Erreichung dieses Zieles habe im XX. Jahrhundert begonnen, und es werde erreicht werden. — Der nord-amerikanische Kongreß beratschlagt über die Frage, ob und wie Europa finanziell zu unterstützen wäre. Man ist in Amerika allgemein davon überzeugt, daß, wenn Europa diese Hilfe nicht zuteil würde, die revolutionäre Bewegung nicht nur Europa, sondern auch Amerika verhängnisvoll würde. — Aus London wird berichtet, daß Ober-Schlesien von einer Division Entenstruppen besetzt werden wird. — Im Daghestan darf der Aufstand als Klostern zu betrachten sein, seitdem sein Anführer, der Scheich-ul-Islam, auch zur „Freiwilligen Armee“ abgepfanzt ist, wopäter er selbst eine Bekanntmachung erlassen hat („омнибе, да и только!“). — In Baku bereiten sich wichtige Dinge vor, seitdem das englische Kommando sämtliche Fahrzeuge der Schwarzmeer-Flottille der „Freiwilligen Armee“ überlassen hat.

Grundzüge der Politik General Denikins.

(Schluß.)

§ 3. Die Verhandlungen und Vereinbarungen mit den Vertretern der einzelnen Gebiete können nur die Bedeutung eines Meinungsaustausches vorläufigen und vorbereitenden Charakters haben und sind nicht als juristische Grundlage für die Schaffung von staatlichen Einrichtungen zu betrachten. — § 4. Die Zahl der Vertreter von den einzelnen Gebieten bei dem erwünschten vorläufigen Meinungsaustausch kann der Zahl der Vertreter vom Oberkommandierenden als Organ der allrussischen Regierungsgewalt, gleichkommen, aber eine entscheidende juristische Bedeutung hat weder das Stimmenverhältnis, noch irgend welche Vereinigung; juristische Bedeutung könnten im gegebenen Falle nur die entsprechenden Handlungen der obersten Gewalt haben. — § 5. Die höheren Verwaltungsgänge, die durch Regierungsakte beim Oberkommandierenden der Streitkräfte im Süden Rußlands werden geschaffen werden, können wohl als „Regierung“ bezeichnet werden, da aber das Endziel der Bestrebungen der südlichen Armeen der Norden, mit Moskau obenan, ist, so wäre es unrichtig, sie „Regierung von Süd-Rußland“ zu nennen: ihr Tätigkeit kann auch auf den Südwesten und den Norden, auf die Wolgagegend und auf den Osten ausgedehnt werden. Sie muß sein eine „Regierung der von den Armeen des Oberkommandierenden im Süden Rußlands eingenommenen Gebiete“. — § 6. Bei Vorhandensein einer diktatorischen Gewalt, als welche die Gewalt des Obersten Verweisers erscheint, muß auch die obere-allgemein-staatliche Gewalt in den einzelnen Gebieten Rußlands, die im Namen des Obersten Verweisers handelt, in Anbetracht der Verhältnisse, die wir durchleben, die ganze Fülle der Macht und völlige Unabhängigkeit in Sachen der Verwaltung und der Gesetzgebung besitzen. Deshalb ist auch die Forderung der Abhängigkeit des Oberkommandierenden in Sachen der Bildung der Regierung von dem Repräsentationsorgan (Volksvertretung) unter den nämlichen Verhältnissen nicht durchführbar, zumal dieses Organ nur die Bedeutung einer gesetzgebenden Körperschaft hat. — § 7. Dem gesetzgebenden Organ kann das Recht zugestanden werden, Fragen an die Regierung zu richten, aber ihm kann nicht zurkannt werden das Recht, sein Mißtrauen gegen letztere auszusprechen. — § 8. Alle Gebiete, welche ihre Vertreter in den Obersten Rat senden, müssen die alleinige oberste Gewalt des Obersten Verweisers Rußlands, des Admirals Koltschak, erkennen und in dem Oberkommandierenden der Streitkräfte im Süden Rußlands das Haupt der Regierung sehen, welche im Namen des Obersten Verweisers ihre Tätigkeit ausübt — auf dem ge-

jamten Territorium, das von den Armen besteht ist, die dem Oberkommandierenden unterstehen. — § 9. Die Einzelgebiete des Russischen Reiches können mit einander Abereinkommen treffen zwecks Erreichung gewisser Ziele kultureller und wirtschaftlicher Natur, aber die Bildung von Verbänden staatsrechtlicher Natur würde mit der Idee der staatlichen Einheit Russlands im Widerspruch stehen. — § 10. Die Ordnung, der örtlichen Gesetzgebung und Verwaltung, nach welcher sich die Organe der Regierungsgewalt in den autonomen Kolonialgebieten zu richten hätten, wird von dem Oberkommandierenden im Namen des Obersten Verweiers bestätigt.

In Ergänzung obiger Wiedergabe der Grundzüge der Politik Denikin's sei hier bemerkt, daß die Sitzungen der „süd-russischen Konferenz“ auf 10 Tage unterbrochen wurden, weil die Vertreter des Oberkommandos und das Präsidium der Konferenz in der Frage betreffs der Funktionen des Hauses „Palate“ der Gebiets-Vertreter sich nicht einig konnten, indem das Präsidium diesbezüglich keine Zugeständnisse zu machen bereit war, die Vertreter des Oberkommandos aber nicht bevollmächtigt sind, von den Besingtonen, die sie durch General Denikin erhalten haben, abzuweichen. Die Zeit der Unterbrechung wird zur Einholung weiterer Verhaltungsmaßregeln beim Oberkommandierenden ausgenutzt, desgleichen zu privaten Besprechungen zwischen dem Präsidium und den Vertretern des Oberkommandos, die, wie man hofft, den Boden zu zu einer Verständigung vorbereiten helfen werden. Die Tagung der Konferenz wird in Koflow fortgesetzt werden. Die Kardinalfrage aber ist und bleibt die: ob die „Palate“ der Gebiets-Vertreter tatsächlich nur einen „gelebte r e n d e n“ oder „gelebte b e n d e n“ Charakter haben wird, mit anderen Worten, ob die von Denikin als „Gebiete“ bezeichneten Republiken der einzelnen Kolonialherren auch fernhin politisch-selbständige Staatengebilde sein oder einfach wieder zu mehr oder weniger „autonomen“ Provinzen des einigen Russischen Reiches herabzinken sollen.

der Warschauer Regierung, weiß man oft nicht — Barzelen zu sehr billigen Brets an die Bauern abgegeben — zum Teil zum Preis von nur 300 Mart für den polnischen Morgen. — Deutsche Bauern würden aber natürlich zum Kauf nicht zugestehen. Ähnlich wird es vermutlich auch bei der Güterverteilung des Großgrundbesitzes sein, auf die die beiden linksstehenden Volksparteien mit aller Kraft hinarbeiten, auch da werden die deutschen Kolonisten in den allermeisten Fällen zu kurz kommen. Ihre Stellung zum polnischen Bauer hat sich eben durch den Krieg und die deutsche Okkupation überaus verschlechtert. Waren sie schon vorher als „Schwaben“ nicht gern gesehen, jetzt sind sie verhaßt und zum Teil schon verfolgt. Dazum hat die deutsche Verwaltung nicht wenig Schuld. Lange, allzulange hatte sie in ihrem übertriebenen Gerechtigkeitsgefühl gegögert, dem deutschen Kolonisten irgendwo besonders zu helfen, und der deutsche Bauer hatte bei seiner angeborenen Gewissenhaftigkeit weit mehr abgeliefert, als je irgend ein Pole. Aber als dann die Beselerische Besizerfreundlichkeit jahrelang ohne Wirkung blieb, da war man dem deutschen Kolonisten und auch dem deutschen Städter etwas wohlgenunter geworden — die verschiedenen Besuche bei deutschen Vereinen in Lodz hatten Beseler sehr viel Freude gemacht — und man hatte sich dann allmählich vor allem der D e u t s c h e n R ä d l e r a n d e r e r angenommen. Das war an sich auch nicht mehr als recht und billig, denn diese bejammernswürdigen Flüchtlinge wären ja seinerzeit nur um ihrer Sprache willen von den Russen — zumeist auf polnische Angehörigen hin — von Haus und Hof gejagt und nach Rußland verschleppt worden. Nur sie zurückzufen, waren sie arm wie die Kirchenmäuse und ihr Hof verbrannt und ihr Land von Polen „annektiert“. Das man für sie sorgte, war menschlich durchaus gerechtfertigt; daß man es aber tat, indem man polnischen Bauern Vieh wegnahm, um es den Deutschen zu geben, so unflug wie nur möglich und der Keim zu einer Fäulnis von D a h, die heute schon zu steigen beginnt. Auch sonst wurden die Mittel oft auf falschem Wege aufgebracht, und die Tatsache, daß man auch den polnischen Rückwanderern half, konnte dem leicht erregbaren Polenvolk nicht genügen, die oft kleinen aber eben ungeschickten Verschlingungen bei der deutschen Rückwanderterhilfe sind im Gedächtnis der Polen zu deutlich haften geblieben.

Der Streit in der Johannesgemeinde (Lodz) ist noch immer nicht entschieden, doch ist leider auch hier damit zu rechnen, daß der wenig deutschfreundliche Pastor Jakschmann das Amt antreten wird. Generalsuperintendent Burche beabsichtigt vor kurzem überausgerühmte verschiedene deutsche Kirchengesangsvereine in Lodz, der Schluß liegt nahe, daß dort der Kompromiß zugunsten des polenfreundlichen Herrn vorbereitet wurde.

Aus der Politik ist zu berichten, daß der deutsche Abgeordnete S p i d e r m a n n im polnischen Reichstag eine längere Erklärung abgab, die in den einzelnen Worten ziemlich verunglückt war, die aber — insofern doch einen gewissen Gewinn darstellt, als sie ein starkes Bekenntnis zur deutschen Schule enthielt. Zeitliche derartige Rundgebungen finden sich dauernd, wenn auch immer in gemäßigter Form, in der „Lodzger Freien Presse“, während die „Neue Lodzger Zeitung“ sich in der Betrümmung deutschen Beweises nicht genug tun kann.

Zum Schluß noch ein Wort vom Deutschen Theater. Man kann der Direktion Walter, Wasserermann und Wiede Hartwig-Wasserermann nicht genug Dank dafür zollen, daß sie auf dem schweren Augenposten trotz aller Schwierigkeiten so treu aushält. Keing Schauspielern, keine Besuchertrife — die ersten Monate der neuen polnischen Regierung war das Theater von vielen gemieden — nichts kann das tapfere Theater abhalten, immer wieder weiter zu spielen und auf neue Auswege zu sinnen. Daß dabei ausgezeichnete Vorstellungen, z. B. von Goethes „Egmont“ mit der vollständigen Musik von Beethoven, herauskommen, muß als kulturalistisches Ereignis gewertet werden, daß dabei auch leichte Ware unterläuft, ist der Leitung nicht zu verdanken, und sicher hat sich auch der Anhänger entsehrer Kunst im Stillen gereut, daß Wasserermann mit einem eigenen Stetich — „die Reise um die Welt in vierzig Tagen“ — einen für ganz Polen unerhörten Massenerfolg erzielte, indem er das Stück mehr als fünfzig mal aufzuführen und es dann mit samt den Dekorationen noch an eine Warschauer polnische Bühne ver-

kaufen konnte. Auch in Polen erwies sich das Theater als die beste und wirksamste Kulturhilfe, und jeder Deutsche darf sich freuen, daß in Lodz, einer Stadt von vielleicht 80 000 Deutschen und weit über 300 000 Polenbewohnern, die deutsche Bühne die anerkannt beste ist. hg.

Aus dem deutschen Leben.

Tiflis.

Von der Delegierten-Versammlung der transkaukasischen Deutschen.

Die D. A., welche am 12. d. Mts. eröffnet wurde, hat am 13. ds. abgebrochen werden müssen, weil die Delegierten sich über gewisse Fragen, ehe sie zur Entscheidung kommen, zuvor mit den von ihnen vertretenen Ortsgruppen zu verständigen wünschten. Sie tauchten erst während der Verhandlungen des ersten Tages auf, und dann somit gegen die Mitglieder der Versammlung keineswegs der Vorwurf erhoben werden, als hätten sie es verabsäumt, sich rechtzeitig an Ort und Stelle klarheit in den ihr stehenden Angelegenheiten zu verschaffen. Auch hat sich die Notwendigkeit ergeben, in die Ortsgruppen (7), welche die D. A. nicht beauftragt haben, besondere Bevollmächtigte zu entsenden, um festzustellen, aus welchen Gründen sie solches unterlassen haben und ob die Klärbescheidung der D. A. ihrerseits wirklich eine beabsichtigte war, um sich der Beschlussefassung über das Weiterbestehen oder die Auflösung des Verbandes zu entscheiden, eventuell sogar leisterem für immer den Rücken zu kehren, ohne vorhergegangene diesbezügliche Erklärung. Die Tagung der D. A. soll am 23. d. Mts., um 4 Uhr nachmittags, fortgesetzt werden, und ist wohl zu hoffen, daß dann auch die Vertreter der übrigen Ortsgruppen vollständig erscheinen werden, da nicht anzunehmen ist, daß diese ihren eigenen Vorteil nicht begreifen werden, der einzig und allein in ihrem Verbleiben beim Verbands zu suchen ist.

Wir werden über den Verlauf der bisherigen Tagung der D. A. genauer in der folgenden Nummer der „Rauf. Post“ mitteilen, möchten aber an dieser Stelle schon bemerken, daß von den auf ihr vertretenen 10 Ortsgruppen neun (Tiflis, Baku, Katharinensfeld, Helenendorf, Alexjewka, Grünfeld, Mariensfeld, Petersdorf und Freudental, Utschabettal und Traubenberg) sich ganz entschieden für das Weiterbestehen des Verbandes und seines Sprachrohres, der „Rauf. Post“, ausgesprochen haben, mit dem Verprechen, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die Sache des Verbandes in jeder Hinsicht zu unterstützen und zu fördern, da der Verband heute mehr denn je zuvor vonnöten sei, sollen die Deutschen in Transkaukasien nicht aus „Kulturträgern“ zu „Kulturlücker“ werden und allmählich von der einheimischen Bevölkerung ausgejagt oder, was noch schlimmer wäre, buchstäblich vernichtet werden.

Katharinensfeld.

In der Nacht vom 14. auf den 15. d. Mts. ist unser hochverehrter Mitbürger Joseph Allmendinger I auf seinem Gute Kamert, in der Nähe der Kolonie, im Schlafe durch zwei Schüsse in die Brust tödlich verlest worden und am 16. d. Mts. in Tiflis, wohin er gebracht wurde, gestorben. Die Einzelheiten der Mordtat sind bisher nicht aufgeklärt. Man nimmt an, daß es sich um einen Nachschuß handelt, den Tataren, frühere Pächter des genannten Gutes, verübt haben. Der Verstorbenen hat ein Alter von ca. 60 Jahren erreicht.

Baku.

Protokoll der 52. Sitzung des Vorstandes der Ortsgruppe Baku des Verbandes der transkaukasischen Deutschen, am 3. 7. 1919, im Verbandslokal.

Anwesend sind die Herren: En. Höpffe, Dahmer, Diesel, Mehl, Wergenthaler, Haas, Rubin, Tröfner, Stenzel, Lorenz, Steele, Jr. Schröder, Schaub und Schmidt. Vorsitzender: Stenzel. Schriftführer: Schmidt. Tagesordnung: 1) Wahl eines Schriftführers. 2) Reorganisation der Kreisgesellschaft. 3) Durchsicht der Mitteilungsliste (Fortsetzung). 4) Briefe vom Zentral-Vorstand. 5) Laufende Fragen.

Zu Pkt. 1: Herr Schmidt nimmt seine Abgabe zurüd und übernimmt wieder den Posten des Schriftführers. Zu Pkt. 2: Der Vorsitzende berichtet über ein Pro-

Zur Lage der Deutschen in Polen *)

Seit Abfassung des in Nummer 55 der „Kaukasischen Post“ erschienenen Aufsatzes hat sich die Lage für die Deutschen in Polen in mancher Hinsicht etwas geklärt, wenn auch keineswegs zum Guten. Die auffsehenerregenden Verhaftungen in Lodz wurden zwar rückgängig gemacht, doch wurde Herr Direktor v. Els vom deutschen Gymnasium kurz nach seiner Freilassung ausgewiesen und konnte nur mit großer Mühe in die deutsche Grenze kommen, da er als geborener Balte zu den Polenschweisten gezählt werden sollte. Dem Leiter der beiden deutschen Landeserschulverbände, Herrn Flietl, ließ man noch einige Wochen Zeit, nach vollständiger Auflösung der beiden Schulverbände wird auch er das Land verlassen müssen. Auch Herr Eichler, der erste Vorsitzende des „Deutschen Vereins“, befindet sich auf deutschem Boden, da seines Bleibens nach seiner Freilassung in Polen nicht war. Die Leitung des deutschen Gymnasiums in Lodz hat der bisherige Leiter des deutschen Gymnasiums, in Gierz, Herr Wolff, übernommen, das Lyzeum steht unter Leitung von Fel. Ehler, ihr helfen die noch vollständig vorhandenen Lehrkräfte des deutschen Gymnasiums im Unterricht nach Kräften aus.

Auch das Vereinsleben hat neuerdings sehr gelitten. Nach Hansjüngern in den Räumen des „Deutschen Vereins“ mußte dieser geschlossen werden, und man fürchtet die Beschlagnahme des Vereinsvermögens; auch die beiden Jugendbeiräte können vorerst in der bisherigen Form nicht weiter bestehen, einzig und allein die Fortbildungsunterrichtstätigkeit der Jugendgruppe kann weiterbetrieben werden. Von der so weit verzweigten Tätigkeit des „Deutschen Vereins“ auf dem Land, in den vielen deutschen Bauernkolonien, ist in Lodz nur sehr wenig mehr zu hören; seit der Kopf sich, sind die oft kleinmütigen Bauern allzu sehr auf sich selbst angewiesen.

Besonders kummervoll ist für sie natürlich, daß sie bei der in Aussicht stehenden Agrarreform fast sicher leer ausgehen werden. Schon jetzt werden aus den bisherigen Donationsgütern — ob mit oder ohne Einwilligung

*) Nach dem Mitteil. des Deutschen „Auslandsinstituts“, „Mai 1919.

